

0036

Wichernweg 3
40667 Meerbusch
Tel. 02132-77047
Fax 02132-80755

Jahresbericht für das Jahr 2006

über

**die Beratung und Betreuung
von Spätaussiedlern im Stadtteil Osterath**

und

**die Beratung und Betreuung
von Asylbewerbern**

Charlotte Kettl
Dipl.-Sozialarbeiterin

Jahresbericht 2006

Beratung und Betreuung von Spätaussiedler im Stadtteil Osterath

Im Jahr 2006 sind 1.500 Spätaussiedler und deren Angehörige nach Nordrhein-Westfalen gekommen, davon gut 700 ins Rheinland. Damit setzt sich der Rückgang der Spätaussiedlerzahlen fort.

Da die Stadt Meerbusch ihr Aufnahmekontingent erreicht hatte, musste sie 2006 keine Spätaussiedler aufnehmen. Spätaussiedler, die zwecks Familienzusammenführung die Zuweisung nach Meerbusch beantragt hatten, mussten mit Willich Vorlieb nehmen.

Lediglich zwei Heiratsmigrantinnen (russische Frauen, die deutsche Spätaussiedler geheiratet haben) konnten nach ausländerrechtlichen Bestimmungen nach Meerbusch einreisen und besuchen nun den Integrationskurs in Neuss. Da das Integrationsministerium unter Minister Armin Laschet zukünftig die Anerkennung von ausländischen Berufsausbildungen für Zugewanderte mit Aufenthaltstitel erleichtern will, bleibt zu hoffen, dass diese beiden jungen sehr motivierten Frauen, die bereits in Kasachstan eine Ausbildung abgeschlossen haben, die Chance erhalten hier in Deutschland Fuß zu fassen.

Der Rückgang der Spätaussiedlerzahlen hat vielfältige Ursachen:

Familienzusammenführungen sind zu einem großen Teil abgeschlossen.

Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung in den Aussiedlungsgebieten, die Förderung auf kulturellem, sprachlichem und wirtschaftlichem Gebiet haben zur Verbesserung der Lage geführt und den Menschen eine Zukunftsperspektive eröffnet.

Zugleich haben die Demokratisierungsprozesse in Osteuropa zu einer Stabilisierung der Lage der deutschen Minderheiten beigetragen.

Viele Antragsteller erfüllen auch die sprachlichen Voraussetzungen für eine Aufnahme als Spätaussiedler nicht mehr. Zudem müssen seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes auch die Familienangehörigen Grundkenntnisse der deutschen Sprache nachweisen. Der Erwerb dieser Kenntnisse wird durch ein flächendeckendes Angebot an kostenlosen, außerschulischen Deutschkursen in den Herkunftsgebieten ermöglicht.

Seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes haben neben den Spätaussiedlern auch alle mit ihnen nach Deutschland gekommenen Familienangehörige einen gesetzlichen Anspruch auf kostenlose Teilnahme an einem Integrationskurs. Ein weiteres staatliches Integrationsangebot ist die Migrationserstberatung (MEB).

Diese MEB, die sich über mehrere Jahre erstreckt, erfolgte für die Spätaussiedler durch die Dipl. Sozialarbeiterin Charlotte Kettl in Form von offenen Sprechstunden im Übergangswohnheim Paul-Klee-Strasse in Osterath, durch Hausbesuche im gesamten Stadtgebiet Meerbusch, Krefeld und Neuss.

Im Rahmen der nachholenden Integration halten wir durch unsere Gruppenangebote Kontakt zu zahlreichen Familien auch über die Stadtgrenzen hinaus.

Die erforderliche Weiterbildung zur Durchführung der MEB im Rahmen des Casemanagements hat unsere Mitarbeiterin bei unserem Dachverband, dem Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche im Rheinland absolviert.

In dieser MEB ergeben sich folgende Beratungsschwerpunkte:

- Unterstützung des Integrationsprozesses
- Vermittlung von Sprach- und Orientierungskursen
- Aufenthaltsverfestigung, Familienzusammenführung
- Anerkennung der Schul- und Berufsabschlüsse
- Umgang mit Ämtern und Institutionen
- Soziale Leistungen (Agentur für Arbeit, Sozialamt, Versorgungsamt, Rentenversicherungsträgern)
- Erziehung, Partnerschaft
- Gesundheit, psychische Belastungen

Die Diakonie stellt fest, dass viele der Spätaussiedler, nachdem sie in der Einreisephase und Anfangszeit des Hierseins gute Erfahrungen mit unserer Fachkraft gemacht haben, auch noch nach Jahren unseren Beratungsdienst aufsuchen, weil sie in mancher Hinsicht noch weitere Unterstützung benötigen, die sie dort meist in Kooperation mit anderen Fach- und Regeldiensten, erhalten.

Dies zeigt wie wichtig die nachholende Integrationsarbeit ist. Manche Menschen sind hilflos geblieben. Es sind vor allem die Männer unter den Spätaussiedlern die extrem unter der Entwurzelung leiden. Sie benötigen viel mehr Zeit zum Erkennen der Realität hinsichtlich der Schlüsselqualifikation des erforderlichen Spracherwerbs, der letztendlich zur Arbeitsaufnahme in Deutschland führen kann. Die vielfach sprachbegabteren und auch flexibleren Frauen finden sehr viel schneller einen Arbeitsplatz, oftmals im Dienstleistungssektor.

Unsere Mitarbeiterin konnte mehrere arbeitslose Spätaussiedler, die, schon länger in Deutschland lebend, aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse noch nie hier gearbeitet hatten, motivieren bei der VHS erneut einen Sprachkurs zu absolvieren. Im Anschluss an diesen Kurs wollen wir versuchen dieser Männer in Ein-Euro-Jobs zu vermitteln, die die Spätaussiedler gerne annehmen; zum einen um ihre Sprachkompetenz zu verbessern und zum anderen um erstmals ein hiesiges Arbeitsfeld kennenzulernen.

Durch gute Zusammenarbeit mit der ARGE konnten 2006 wieder etliche junge Spätaussiedler in berufliche Trainingsmaßnahmen vermittelt werden, die allesamt im August/September in einen Ausbildungsplatz mündeten, als Köchin, Metzger, Tischler, Friseurin, Mechaniker und

Altenpfleger. Diejenigen, die sprachlich noch nicht so fit waren, konnten in ausbildungsbegleitende Hilfen (theoretische Nachhilfe für die Berufsschule) in Krefeld, Neuss und Grevenbroich eingegliedert werden.

Der Themenblock: Schule, Ausbildung, Beruf war auch der am häufigsten nachgefragte Bereich im Rahmen unserer Beratungstätigkeit.

Insgesamt gesehen haben wir von Juli bis Dezember 2006 (die Beratungszahlen im ersten Halbjahr wurden statistisch noch nicht festgehalten) 61 Spätaussiedler beraten. Dabei kam es zu 210 Beratungskontakten.

Der Trend unter den Spätaussiedlern jede angebotene Wohnung im Büdericher Süden anzunehmen, ist aufgrund der dortigen hohen Ausländerdichte gebrochen. Die Elterngeneration rekrutiert zwar ihren Bekanntenkreis aus der Großfamilie und den Freunden, die ihre Landsleute sind, wo sie Geborgenheit unter Gleichen finden, was für das Wohlbefinden der Zugewanderten in den ersten Jahren nach ihrer Übersiedlung auch sehr wichtig ist. Für ihre Kinder aber wünschen sie sich Kontakte zu Einheimischen, fördern Freundschaften zu deutschen Klassenkameraden, melden ihre Kinder in Sportvereinen an, Aussiedlerkinder aus evangelischen Familien (annähernd 50% aller zugewanderten Spätaussiedler sind evangelisch) nehmen am Konfirmandenunterricht der Kirchen teil.

Insbesondere junge Familien, die sehr um die Integration ihrer Kinder bemüht sind, haben intensiv in Osterath Wohnungen gesucht und letztendlich auch gefunden – überwiegend in Sozialwohnungen der GWG Krefeld-Viersen u.a. auch in den Wohnungen des früheren Übergangwohnheimes der Stadt Meerbusch, Paul-Klee-Straße 2, die im zweiten Halbjahr 06 an die GWG zurückgegeben und als Sozialwohnungen (komplett renoviert) vermietet wurden.

Trotz guten Willens ist bei den meisten in die Bundesrepublik kommenden Spätaussiedlern ein „Kulturschock“ festzustellen. Die Lebensbedingungen sind völlig anders als in den Heimatländern: eine andere Gesellschaftsordnung, ein anderes Wirtschaftssystem, eine andere Wertordnung, ein anderes Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen untereinander und auch eine andere Einstellung zum Deutschsein.

In der Auseinandersetzung mit der hiesigen Kultur und Gesellschaft zerbrechen vielfach traditionelle Leitbilder und Vorstellungen, die bislang in den Familien der Aussiedler Platz gehabt hatten. Hier sind wichtige Hilfen zur Neuorientierung zu leisten. Es kommt insbesondere darauf an, in unserer westlichen Industriekultur, Kriterien für die Auswahl aus dem überwältigenden Angebot an Informationen, Dienstleistungen und Waren entwickeln zu helfen. Dies kann am leichtesten dann geschehen, wenn Spätaussiedler die Möglichkeit haben sich im Rahmen einer geschützten Gruppe auszutauschen und von den schon länger hier lebenden Aussiedlern zu lernen.

Sehr positiv auf das Integrationsgeschehen wirkt sich auch die Erkenntnis der Neuzuwanderern hinsichtlich gelungener Integration von schon länger in Deutschland lebenden Landsleuten, die sie in unseren Gruppen treffen, aus.

Außer der Begegnung und des Austausches untereinander haben wir auch wieder themenorientierte Gesprächskreise angeboten: zu Fragen des Verbraucher- und Umweltschutzes, sowie zur Gesundheitsprävention.

Wir besuchten Ausstellungen und Museen der Region, sowie Veranstaltungen des Gerhard-Hauptmann-Hauses wie zum Beispiel das Russland-Deutsche Chorfest im Hofgarten und der Osteuropäische Weihnachtsmarkt in Düsseldorf.

Wichtig dabei war uns den Zuwanderern Möglichkeiten aufzuzeigen auch ohne große finanzielle Anstrengungen am kulturellen Leben in der neuen Heimat teilzunehmen.

Wie schnell sich jemand hier integriert, hängt nach unseren Beobachtungen, auch sehr von der Vorbildung der Einwandernden ab. Ein Akademiker, der in Russland oder Kasachstan bereits in einer Stadt gelebt hat, fühlt sich ungleich schneller in unserem städtisch geprägten Ballungsraum zu Hause, als ein Traktorist oder eine Melkerin, die vor ihrer Ausreise nach Deutschland noch nie aus ihrem sibirischen Dorf herausgekommen waren. Diesen dörflich geprägten Menschen muss man ungedingt die längere Zeitspanne zur Integration gewähren und sie dabei - auch seelsorgerisch - begleiten!

Die Aussiedlung bedeutet für die Migranten ein schmerzhafter Prozess, der ihr Leben langfristig prägt. Der Erfolg oder Misserfolg dieses Prozesses wird erst nach ein bis zwei Generationen sichtbar werden, wie unsere Erfahrungen mit den türkischen Einwanderern zeigen.

Leider musste das Projekt „Integration durch Sport“ im Sommer 2006 eingestellt werden, da sich unser Starthelfer Herr Eduard Engel beim Volleyballtraining sehr schwer verletzt, und der Orthopäde ihm geraten hatte diese Sportart nicht weiter durchzuführen. Die Jugendlichen, die an unserem Volleyballtraining teilgenommen hatten, nutzen mittlerweile die Angebote des AVP (Verein Akzeptanz Vertrauen Perspektive) in Lank und Büderich.

Mit der Problematik der Integration beschäftigt sich auch der Arbeitskreis „Spätaussiedler“, in dem auf örtlicher Ebene Sozialarbeiter der Stadtverwaltung, der Caritas, der Diakonie, des Jugendmigrationsdienstes, der Jugendzentren „Atrium“ in Lank und „SKY Club“ in Osterath, des AVP sowie einem Mitarbeiter der Polizei als gut funktionierendes Netzwerk zusammenarbeiten.

Durch regelmäßige Teilnahme unserer Mitarbeiterin an Weiterbildungsveranstaltungen unseres Dachverbandes in Düsseldorf werden fundierte Kenntnisse in allen die Eingliederung betreffenden Regelungen ständig auf dem neuesten Stand gehalten.

Ein breites Hintergrundwissen über die geschichtlichen Erfahrungen und die jetzige Situation der ethnischen Minderheiten in den ehemaligen Gus-Staaten hat sich unsere Mitarbeiterin während ihrer mittlerweile siebzehnjährigen kontinuierlichen Aussiedlerberatung angeeignet. Dadurch ist ein umfassendes für die Arbeitsinhalte wichtiges interkulturelles Arbeiten gewährleistet, um die Einstellungen und Handlungen der Zuwanderer deuten und verstehen zu können.

Brigitte Erwig
Dipl.-Sozialpädagogin

Ute Bishop
Dipl.-Sozialpädagogin

Jahresbericht 2006

Zahlen und Fakten

Zur Zeit leben 50 Personen Am Heidbergdamm 2 in Lank. Darunter befinden sich 8 Familien mit insgesamt 23 minderjährigen Kindern und 9 Einzelpersonen. Für die meisten ist das Asylverfahren abgeschlossen, lediglich 7 Bewohner sind noch im laufenden Verfahren.

20 weitere Personen leben in Privatunterkünften in Lank, 15 in Strümp, davon befinden sich noch 3 im laufenden Asylverfahren.

Insgesamt 14 Personen bestreiten ihren Unterhalt selbst, die anderen beziehen Leistungen nach dem AsylbLG.

Tätigkeitsbericht Frau Erwig

Zentrale Themen des Jahres waren und sind Fragen rund um die Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete. Das „dauerhafte Beschäftigungsverhältnis“, eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Aufenthalt, stellt die meisten erst mal vor fast unüberwindbare Hindernisse. Fehlende Schulabschlüsse, keine qualifizierten Berufsausbildungen und nur selten praktische Berufserfahrungen lassen angesichts der allgemeinen Arbeitsmarktsituation nur wenig Hoffnung aufkommen.

Trotzdem ist bei einigen, die derzeit Beratung in der Sprechstunde suchen, die Motivation hoch, jetzt doch endlich eine Arbeitsstelle zu finden und sich beruflich weiter entwickeln zu können. Für andere ist die Umstellung enorm – in den meisten Fällen zu jahrelanger Arbeitslosigkeit „verurteilt“, soll nun in kurzer Zeit ohne die Unterstützung von Sozialhilfe der eigene Lebensunterhalt gesichert werden.

Aber nur wenn die Chancen auf eine Arbeitsstelle bzw. Aus- oder Weiterbildungsplatz auch realistisch sind, können die Betroffenen die neuen gesetzlichen Bedingungen als echte Herausforderung begreifen.

Viele kommen jetzt mit der Bitte um Unterstützung dabei, erstmals einen Lebenslauf zu formulieren, um sich schriftlich zu bewerben und lassen dabei im Gespräch die eigene Biographie Revue passieren. So wird im positiven Fall auch ein innerlicher Prozess in Gang gesetzt. Eigene Wünsche, Vorstellungen über mögliche Fähigkeiten etc. gewinnen noch mal an Klarheit.

Es wird an allen Ecken und Enden deutlich, dass gerade auch die berufliche Qualifizierung von großer Bedeutung ist für das Selbstwertgefühl und damit für die gesellschaftliche Integration.

Auf Seiten potentieller Arbeitgeber sind verständlicherweise Misstrauen und Unwissenheit noch vorherrschend. Zu oft galt in den vergangenen Jahren für Inhaber einer Duldung (in kurzen zeitlichen Abständen zu verlängernde Ausweispapiere), dass eine Arbeitsaufnahme nicht erwünscht bzw. verboten war. Da es sich eben außerdem überwiegend um ungelernte Bewerber handelt, muss der Blick bei zukünftigen Arbeitgebern für deren eventuell bereits vorhandene Qualifikationen (z.B. Mehrsprachigkeit) und andere Qualitäten wie hohe Einsatzbereitschaft etc. geschärft werden.

Das wird uns sicher in den nächsten Monaten noch einiges an Klärungs- und Vermittlungskompetenz abverlangen.

Für einen 16-jährigen aus schwierigen Familienverhältnissen hatte u.a. die Perspektivlosigkeit schwerwiegende Konsequenzen. Nachdem er die Sonderschule schon frühzeitig verlassen hatte und auch wenig Eigeninitiative für andere Projekte aufbringen konnte, kam es zu verschiedenen Strafdelikten. Umgang mit „falschen Freunden“ und ungünstige Beeinflussung spielten eine erhebliche Rolle.

Wiederholte Warnungen – u.a. auch ein Jugendarrest -, unzählige Gespräche, später in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt, blieben ohne Erfolg. Es kam schließlich zur Festnahme und Untersuchungshaft in der JVA Düsseldorf. In der Folgezeit war eine verstärkte Betreuung der Eltern erforderlich, sowohl psychologisch als auch in organisatorischer Hinsicht. Besucherlaubnisse mussten beantragt und ein vereidigter Dolmetscher gefunden werden zwecks Überwachung der Gespräche zwischen den Eltern und ihrem Sohn. Die Eltern sprechen kaum Deutsch im Gegensatz zu ihrem Sohn.

Da mir in meiner Funktion als Sozialpädagogin vom Amtsgericht ein Dauer-Besuchsrecht, jeweils auch ohne zeitliche Beschränkung, zugestanden wurde, hatte ich die Möglichkeit, den Jugendlichen in Form von Gesprächen ein Stück zu begleiten und den dringend erforderlichen Kontakt zu halten. Es war natürlich eine extrem schwierige und emotional belastende Zeit für den 17-jährigen mit sehr wechselhaften Stimmungen und Angstzuständen. Es bedurfte starker Zusprache, manchmal galt es, einfach nur zuzuhören. Erkennbar war aber auch die zunehmende Bereitschaft, sich stärker mit der eigenen Vergangenheit auseinander zu setzen.

Nach 6 Monaten Gefängnis wurde er freigelassen mit einer Bewährungsstrafe von 2 Jahren und direkter anschließender Unterbringung in einer Jugendhilfeeinrichtung. Von dort aus ist der Jugendliche wenige Wochen später zu Angehörigen nach Jugoslawien „zurückgeflüchtet“. Er hatte offensichtlich nicht mehr oder noch nicht wieder den Mut, sich auf Neues einzulassen.

Für einen anderen inzwischen 16-jährigen Jungen, der 2005 aufgrund aggressiver Verhaltensweisen der Schule verwiesen worden war, hat sich der Schulwechsel im Laufe der Zeit als gelungene Maßnahme erwiesen. Trotz nach wie vor bestehender Schwierigkeiten hat

sich die Situation insgesamt entspannt und bei kontinuierlicher Begleitung der gesamten Familie besteht weiterhin Aussicht auf eine positive Entwicklung.

Hilfe gab es aus dem Rheuma-Zentrum in Lank von einer Yogalehrerin, die dort Kurse anbietet. Für eine Mutter von 2 Kindern, die unter gesundheitlichen Problemen leidet, aber bewußt Alternativen zur reinen Medikamenteneinnahme sucht, war der Kurseinstieg eine willkommene Möglichkeit, diese Form der Entspannung zu erlernen. Sie nimmt seit Monaten teil und nach Absprache mit der Kursleiterin ist sie bis auf Weiteres von der Teilnahmegebühr befreit.

Es wäre auch für viele andere mit den unterschiedlichsten Krankheitssymptomen wünschenswert, wenn das Bewußtsein für mehr Eigenverantwortlichkeit geweckt werden könnte, gerade was die eigene Gesundheit betrifft. Eine schwierige Aufgabe: Die Neigung eher in Resignation zu verfallen wird u.a. von außen gefördert. Die mehrfach beschriebenen Lebensumstände wie erzwungene Arbeitslosigkeit und Untätigkeit, jahrelang ungesicherter Aufenthalt etc. mit entsprechenden Auswirkungen in allen Bereichen erschweren oft jede Form der Eigeninitiative und machen unnötigerweise auf allen Ebenen abhängig.

Für einen Mann, der seit seinem Aufenthalt in Deutschland mehrfach in stationärer psychiatrischer Behandlung war, konnte die Vermittlung und Kostenübernahme für einen Platz im Betreuten Wohnen erreicht werden. Damit wurden Frau und Kinder deutlich entlastet; ein familiäres Zusammenleben war aufgrund seiner schweren Erkrankung nicht mehr möglich gewesen. Medizinischerseits wird allerdings vom Gesundheitsamt weiterhin Flugtauglichkeit bzw. Reisefähigkeit bescheinigt, so dass bis jetzt noch die regelmäßig zu verlängernde Duldung gilt anstatt eines halbwegs sicheren Aufenthalts.

Auch bei der Einbürgerung für eine Iranerin gibt es immer wieder Verzögerungen seitens des Ausländeramts. Da aber alle Voraussetzungen erfüllt sind und die mündliche Zusage gegeben wurde, hoffen wir auf baldigen Erfolg. Inzwischen konnte die 43-jährige Mutter eines 14-jährigen Sohnes in eine berufliche Qualifizierungsmaßnahme vermittelt werden, die von einer Touristikfachschule in Düsseldorf durchgeführt wird. Die Schule hat sich spezialisiert auf den beruflichen Wiedereinstieg von Migrantinnen, die nach der Kindererziehung eine neue Beschäftigungsperspektive suchen. Eine anschließende Hilfestellung bei der Suche nach einem Arbeitsplatz ist ebenfalls vorgesehen. Die Lehrgänge im kaufmännischen und touristischen Bereich werden zum Teil öffentlich gefördert, u.a. durch die Europäische Union und das Land NRW.

So gibt es auch Beispiele für soziale und wirtschaftliche Integration; ob und wann das auch emotional gelungen ist, bleibt eine andere Frage. Zumindest lassen sich immer wieder Ansätze in den unterschiedlichen Bereichen finden, die Einzelnen in ihrer persönlichen Weiterentwicklung neue Perspektiven eröffnen.

Tätigkeitsbericht von Ute Bishop

Schwerpunkt meiner Beratung war auch 2006 wieder die Langzeitbetreuung. Selbst Familien, die schon die Anerkennung oder die deutsche Staatsbürgerschaft haben, benötigen noch regelmäßig Beratung bzgl. Arbeitsplatz, Schule und Alltagsproblemen. Deshalb kommen viele Flüchtlinge aus Privatwohnungen noch regelmäßig in die Sprechstunde.

Auffallend ist, dass die Bewohner des Übergangsheims Am Heidbergdamm 2 zwar regelmäßig in die Sprechstunde kommen, aber immer nur an den punktuellen Problemen arbeiten möchten. Ich habe den Eindruck, dass der Kopf für eine strukturelle Beratung nicht frei ist.

Hauptproblem bei allen Hausbewohnern ist der unsichere Aufenthaltsstatus und die finanzielle Situation. Solange es da noch so viele Unsicherheiten gibt, können die Menschen ganz offensichtlich nur wenig Energien für die Zukunftsplanung frei setzen.

Seit die genauen Bedingungen für das neue Bleiberecht feststehen, versuchen die meisten Flüchtlinge intensiv Arbeit zu finden - teilweise sogar sehr erfolgreich -. Leider gibt es immer noch nicht alle Durchführungsbestimmungen, so dass es mit der Arbeitserlaubnis noch hapert und so auch einige potentielle Stellen wieder verloren gehen, weil die Arbeitgeber nicht bereit sind, Wochen auf eine Arbeitserlaubnis der Bewerber zu warten.

Insgesamt sind die Hürden für eine Bleiberechtsregelung für die Hausbewohner zu hoch. Entweder fehlt es an Aufenthaltsdauer oder an Einkommen. Besonders bei kinderreichen Familien schafft es ein Verdiener alleine nicht, die Familie sozialhilfeunabhängig zu stellen.

Auch Familien, die schon gut integriert sind und sehr viele Bedingungen erfüllen, schaffen oft nicht alle Kriterien.

So befindet sich eine irakische Christenfamilie immer noch in der Warteschleife, nachdem das Bundesamt dem Mann 2005 die Anerkennung durch Widerruf entzogen hat. Die Familie hat inzwischen eine Duldung (Aussetzung der Abschiebung) mit allen Nachteilen und Risiken.

Es fehlt ihr ein halbes Jahr Aufenthalt für das Bleiberecht zum Stichtag 11/ 06, obwohl alle anderen Kriterien erfüllt sind. Auch Rechtsanwälte konnten bis jetzt nichts erreichen, weil die Gesetzeslage so schwierig ist.

Die Familie ist natürlich völlig verunsichert und frustriert, zumal sie viele Opfer gebracht hat, z. B. auf ergänzende Sozialhilfe verzichtet, um sozialhilfeunabhängig zu sein – eine Voraussetzung für ein Bleiberecht.

Auch die Situation eines Mannes aus dem Kosovo ist erschütternd. Er ist geschieden und hat das gemeinsame Sorgerecht mit seiner Ex-Frau für seine beiden Jungen, die inzwischen durch den 2. Ehemann der Mutter einen festen Aufenthalt haben.

Die Ausländerbehörde forderte den Mann auf, ein Visum bei der Deutschen Botschaft in Belgrad zu beantragen und dann wieder einzureisen. Er sollte dann ein Aufenthaltserlaubnis bekommen. Er erhielt sogar eine schriftliche Vorabzustimmung zur Wiedereinreise. Normalerweise eine völlig problemlose Aktion von höchstens 2-3 Wochen. Er ist inzwischen 3 Monate in Belgrad. Das Visum wurde mittlerweile von der Botschaft abgelehnt. Obwohl die Ausländerbehörde intervenierte, obwohl ich Kontakt zum Auswärtigen Amt in Berlin aufgenommen und mehrmals telefoniert und Hintergründe gefaxt habe, obwohl sich ein Rechtsanwalt der Sache angenommen hat. Alles ohne Erfolg. Der Rechtsanwalt wird natürlich rechtliche Mittel einreichen, sagte aber schon, dass dies mehrere Monate dauern kann. Das entsprechende Gesetz, auf das die Botschaft sich bezieht, besagt, dass das Sorgerecht auch vom Ausland aus ausgeübt werden kann.

Die beiden Jungen, in der Pubertät, vermissen ihren Vater sehr und auch die Mutter, die gerade ein Baby bekommen hat, braucht Hilfe durch den Vater der Kinder, da sie sich noch sehr schwach fühlt und ihr jetziger Ehemann sich wenig um die Kinder aus 1. Ehe kümmert.

Über ein Netzwerk konnte ich vor Ort noch einige Helfer ansprechen, der Mutter in ihrem desolaten Zustand zu helfen, da sie durch die besondere Situation (viele Handy-Gespräche, Rechtsanwaltskosten) nicht nur psychische, sondern auch finanzielle Schwierigkeiten hat.

Auch ein Romakind, das 2005 eine schwere Erkrankung hatte, und seine Familie bedurfte einer sehr intensiven Betreuung. Wir konnten erreichen, dass sie noch einmal stationär jugendpsychiatrisch untersucht wurde und jetzt noch Termine in einer Tagesklinik hat, weil die Wiedereingliederung in den Alltag aus verschiedensten Gründen noch nicht funktioniert. In diesem Fall gibt es eine enge Zusammenarbeit zwischen Schule, Ärzten und Familie.

Insgesamt fiel auf, dass viele Klienten finanzielle Probleme hatten und oft sogar das Fahrgeld zum Ausländeramt fehlte. Auch die Passbeschaffung (eine Mitwirkungspflicht) scheitert oft an den Finanzen. Ein jugoslawischer Pass kostet oft zwischen 250.- und 350.- Euro pro Person. Eine Summe, die die Flüchtlinge über die Sozialhilfe nicht aufbringen können. Hier müsste dringend über Lösungen nachgedacht werden.

Seit September 2006 bieten wir einmal im Monat einen festen Ausgabetermin für Gebrauchtkleidung und Geschirr usw. an. Dieser Termin wird sehr gut angenommen. Allerdings sind die Vor- und Nachbereitungen sehr arbeitsintensiv. Da wir den Raum für unterschiedlichste Zwecke nutzen (Deutschraum, Frauengruppe, Treffpunkt für den Arbeitskreis, für Adventsfeiern u.ä.) müssen vorher sehr viele gespendete Sachen sortiert und übersichtlich ausgelegt und anschließend wieder verstaut werden. Es wäre natürlich viel einfacher, wenn die Sachen übersichtlich in Regalen liegen bleiben könnten. Dafür ist unser Raum aber leider zu klein. Eine Lösung wäre entweder ein zusätzlicher Raum, oder aber vielleicht demnächst ein etwaiges Projekt der geplanten Freiwilligen-Zentrale, so dass eine solche Spendenausgabe für mehr Bedürftige zugänglich wäre.

Die Näh- und Handarbeitsgruppe fand im Frühjahr 2006 ebenfalls in diesem Raum statt. Trotz großem Interesse kamen die Frauen nicht regelmäßig. Es zeigte sich immer wieder, dass besonders die jungen Roma-Frauen ihren Tag nicht nach Terminen und nach Uhrzeit planen können. Am liebsten wäre es Ihnen gewesen, wir hätten auf Abruf bereitgestanden und sie wären gekommen, wenn sie Zeit gehabt hätten.

Wir haben das Angebot über den Sommer ausgesetzt und waren etwas überrascht, als wir von einigen Frauen darauf angesprochen wurden, ob die Gruppe nicht wieder stattfinden kann. Da ich mit meiner halben Stelle sehr schnell an meine Grenzen komme, wäre dies eventuell auch ein mögliches Projekt für die geplante Ehrenamtzentrale.

Die 12 Ehrenamtlichen aus dem Arbeitskreis Asyl Lank/ Strümp haben auch 2006 wieder sehr engagiert mitgearbeitet. Die Hausaufgabenbetreuung wird immer noch von Mo-Fr. täglich angeboten. Es gibt weiterhin auch Einzelbetreuungen. 2 ehrenamtliche Damen haben ganz intensiv bei der Kleiderausgabe mitgeholfen und auch bei besonderen Aktionen und Feiern konnte ich immer auf die Mithilfe der Damen zählen. Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich dafür bedanken.

Denn gerade die Hausaufgabenbetreuung erfordert doch sehr starke Nerven und viel Geduld und Ausdauer. Ich konnte mich persönlich davon überzeugen, da ich einige Male in Notsituationen nachmittags mit eingesprungen bin. Einige von den Schülern sind sehr schwach und brauchen doch eine sehr intensive Unterstützung.

Wir bemühen uns auch um Kontakt zu den Lehrern und tauschen uns aus. Es nehmen zwischen 5 und 10 Kindern teil, wobei man sagen muss, dass bei 10 Kindern schon fast drei Betreuer da sein müssten. Unser Konzept sieht so aus, dass möglichst immer zwei Betreuer an einem Tag da sind. Wir haben glücklicherweise auch Damen, die als Springer fungieren, so dass wir bei Krankheit oder Urlaub meistens klar kommen. Trotzdem sind wir natürlich auch immer auf der Suche nach Verstärkung.

Dieses Jahr gab es als kleines Dankeschön für die Ehrenamtler eine Adventsfeier mit einem gemütlichen Frühstück in netter Atmosphäre. Dabei wurde auch der Wunsch laut, noch einmal gezielt Information über die verschiedenen Aufenthaltstitel und das Bleiberecht zu bekommen. Ein Vorhaben, das wir im Frühjahr umsetzen wollen.

Auch für die Kinder gab es dieses Jahr noch eine kleine Feier, wo das Ehepaar von Rospatt im Auftrag des Malteser Hilfsdienstes Geschenke an die Kinder verteilte.

Die Kinder (27) waren voll bei der Sache, sangen mit Begeisterung und freuten sich sehr über Federmäppchen, Zaubertafeln oder Knete. Trotz der großen Gruppe und der Enge des Raumes benahmen die Kinder sich vorbildlich. Eine große Freude für uns und ein Ansporn mit der Kinderarbeit weiterzumachen.

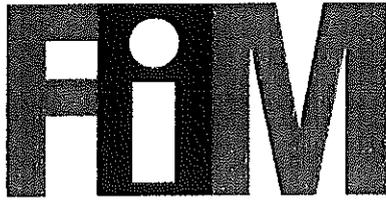
Für 2007 zeichnet sich ab, dass wir uns noch sehr intensiv mit dem Thema Bleiberecht und allen damit verbundenen Problemen beschäftigen müssen.

Ich fände es auch sinnvoll, verstärkt Patenschaften für einzelne Familie zu suchen. Es kommen häufig Anfragen von Eltern, die für ihre Kinder auf weiterführenden Schulen Nachhilfe suchen oder Erwachsene, die intensiv Deutsch lernen möchten. Wir suchen sogar eine Türkischlehrerin, die bereit wäre, einer Frau in türkisch lesen und schreiben beizubringen, damit die Voraussetzungen für das Deutschlernen besser werden.

Es gibt also immer wieder neue Projekte, die sich aus der praktischen Arbeit ergeben.



Die
Welt hat
viele Gesichter.



**Fachdienst für
Integration und
Migration**

Sachbericht für das Jahr 2006

**Sozialdienst für Flüchtlinge
Außenstelle Meerbusch-Büderich**

Berichtszeitraum:
01.01.2006 bis 31.12.2006



Caritas Sozialdienste
Rhein-Kreis Neuss GmbH

Einleitung

Die Situation von geduldeten Flüchtlingen im Verlauf des Jahres 2006 war geprägt durch Enttäuschung, dass nach Einführung des Zuwanderungsgesetzes für sie keine Verbesserung der Lage erreicht werden konnte und der Hoffnung auf eine Bleiberechtsregelung, die von Flüchtlingsorganisationen bereits seit Langem gefordert wurde und nach mehreren Verschiebungen am 17.11.2006 von der Innenministerkonferenz verabschiedet worden ist. Seit Bekanntgabe des Erlasses vom Innenminister NRW Ende Dezember 06 ist die Prüfung bzw. Erfüllung der Bleiberechtsbedingungen ein sehr wichtiges Thema in der Flüchtlingsberatung. Gleichmaßen wird Beratung zunehmend in Hinblick auf eine Rückkehr in das Heimatland notwendig, da auch bei dieser Regelung der Kreis der begünstigten Menschen deutlich kleiner ist, als aufgrund der Ankündigungen zu erwarten war und bereits jetzt von Seiten der Politik von „konsequenter Rückführung“ gesprochen wird.

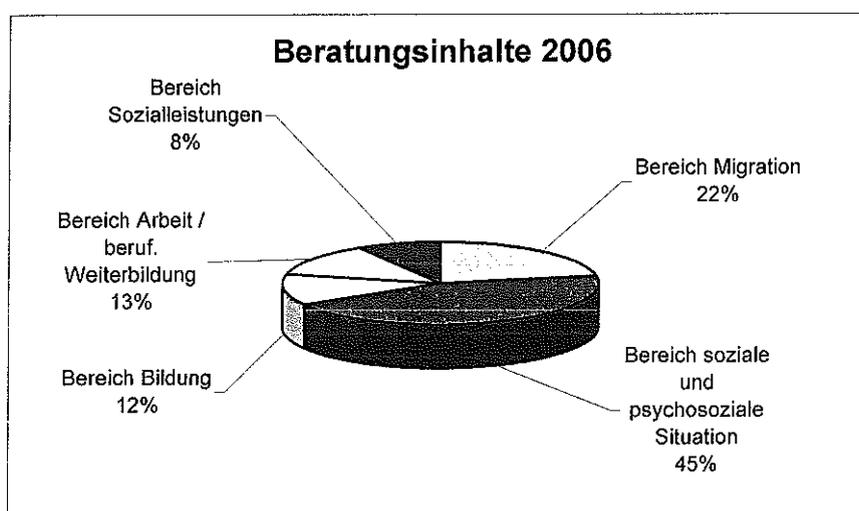
Da viele kranke, erwerbsunfähige oder alte Personen über Jahre hinweg einen vorläufigen Abschiebeschutz erhalten hatten, werden voraussichtlich viele dieser ohnehin geschwächten Menschen und ihre Familienangehörigen diesen verlieren und – sofern sie keine Familienangehörigen haben, die sie finanziell unterstützen können - in ihr Herkunftsland abgeschoben. Situationsklärung und Unterstützung für diese Menschen wird im kommenden Jahr eine schwierige Aufgabe in der Flüchtlingsberatung werden.

Selbst bei Flüchtlingen, die durch das neue Zuwanderungsgesetz eine (befristete) Aufenthaltserlaubnis erhalten hatten, war nicht immer automatisch eine Verbesserung ihrer Situation die Folge. So fielen einige Flüchtlinge wieder auf den Bezug von Leistungen nach dem Asylbewerber-Leistungs-Gesetz zurück was gegenüber den üblichen Sozialhilfesätzen deutlich geringere Beträge ausmacht.

Auch ist der Druck für diejenigen nicht zu unterschätzen, die eine Aufenthaltserlaubnis erreicht hatten aber bei drohendem Arbeitsplatzverlust wieder Gefahr laufen, Sozialhilfeleistungen in Anspruch nehmen zu müssen, was für sie langfristig auch aufenthaltsrechtliche Konsequenzen hat.

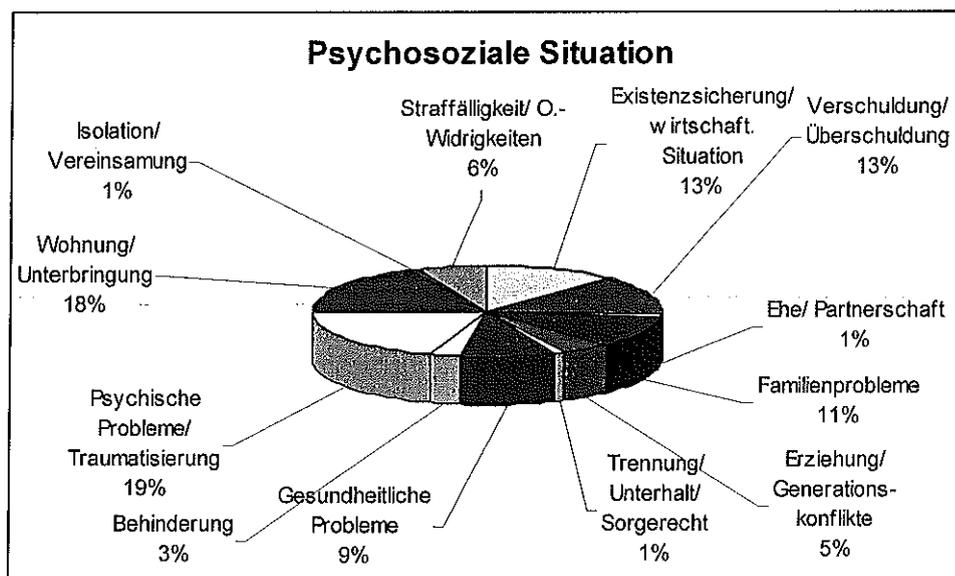
Beratungsarbeit

Im Berichtsjahr 2006 ist das Beratungsangebot für Flüchtlinge, die in Meerbusch-Büderich leben, intensiv genutzt worden. Die sozialpädagogische Begleitung wurde nicht nur für die in der Unterkunft „Cranachstraße“ wohnenden Menschen geleistet. Auch die Menschen mit Fluchthintergrund, die mittlerweile einen besseren Aufenthaltsstatus erlangen konnten oder in einer Privatwohnung leben, nahmen das Beratungsangebot der Caritas-Mitarbeiterin weiterhin gerne wahr.



Im Berichtsjahr hatten 67 Personen insgesamt 463 Kontakte zu der Beraterin und es wurden 612 Themen behandelt. Für die 60% der Klienten, die immer noch nur eine Duldung haben, wurde 72% der Beratungsarbeit geleistet.

Hier sind nicht nur immer wieder weitere Perspektiven oder die Möglichkeiten eines verbesserten Aufenthaltes besprochen worden, sondern die damit eng verbundenen Themen wie körperliche oder psychische Erkrankungen. Nach wie vor bedürfen Angst vor Abschiebung, die immer noch unsichere Aufenthaltssituation oder erlittene Traumatisierungen einer intensiven psychosozialen Begleitung. Auch hat ein dauerhaftes Wirtschaften am Existenzminimum die Gefahr der Verschuldung zur Folge - oft verbunden mit zusätzlichen familiären und psychischen Belastungen. Von daher liegt die Beratungsarbeit im Bereich der sozialen Situation weiterhin auf dem hohen Niveau von 45%.



Speziell in Hinblick auf Einführung des Bleiberechts wurde wieder die aufenthaltsrechtliche Situation der Flüchtlinge wichtig und verstärkt mussten Fragen zur Arbeitssuche und Arbeitsgenehmigung geklärt werden. Aufgrund der schlechten Arbeitsmarktsituation hatten nur wenige geduldete Flüchtlinge Erfolg in ihren Bemühungen um einen Arbeitsplatz. Hier war nicht nur die vorgeschaltete mehrwöchige Arbeitsmarktprüfung seitens der ARGE ein Hindernis. Auch hat die Ausländerbehörde aus anderen Gründen Arbeitsgenehmigungen verweigert.

Inwieweit bei tatsächlichem Erfolg in der Arbeitssuche das Einkommen für die teilweise vielköpfigen Familien gesichert werden und damit auch ein Bleiberecht erreicht werden kann, bleibt abzuwarten.

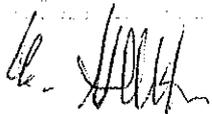
In der statistischen Auswertung ist auffallend, dass die Personen mit Aufenthaltserlaubnis, also bei einer insgesamt verbesserten Lebensperspektive, eher andere Themenkreise ansprachen. Hier waren vor allem Fragen nach Bildungsmöglichkeiten, neuer Arbeit und Sozialleistungen (wie z.B. ALG II oder Kindergeld) zu klären. Dies geschah in Kooperation mit den Regeldiensten, zu denen dieser Personenkreis auch verstärkt vermittelt wurde. Hier bewährten sich die bisher aufgebauten und weiterhin gepflegten Kontakte zu den Behörden und Institutionen. Auch die Kooperation mit Fachdiensten, Ärzten oder Rechtsanwälten – hier vor allem bei flüchtlingspezifischen Fragen – konnte in dem gemeinsamen Bemühen, für die betroffenen Personen eine gute Lösung zu finden, erfolgreich fortgeführt werden.

Maßnahmen außerhalb der Einzelfallhilfe

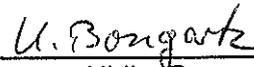
Wie in den vergangenen Jahren war die Caritas-Mitarbeiterin bestrebt, Maßnahmen zur schulischen, sprachlichen und sozialen Integration von Flüchtlingen zu initiieren und durchzuführen. So konnte die von einer Freiwilligen geleitete Deutschgruppe für Erwachsene weiter fortgeführt werden. Auch Förderstunden mit Spielangeboten und Vorleseaktion für Flüchtlingskinder sind im ersten Halbjahr erfolgreich durchgeführt worden. Da die für einen langfristigen Erfolg notwendige Kontinuität durch nur eine Person nicht gewährleistet werden konnte, mussten die Förderangebote für die Kinder einstweilen eingestellt werden. Die bereits laufenden Bemühungen um personelle Unterstützung durch Freiwillige waren trotz vielfältiger Kontakte noch erfolglos.

Die Zusammenarbeit und der fachliche Austausch mit den KollegInnen innerhalb und außerhalb des Caritasverbandes waren für die Caritas-Mitarbeiterin ebenso selbstverständlich wie die Teilnahme an den Arbeitskreisen der Meerbuscher FlüchtlingsberaterInnen oder an den Fachtagungen des Diözesan-Caritasverbandes. Hierdurch wie auch durch regelmäßige Dienstbesprechungen und die Reflexion der Arbeit war die fachliche Qualifizierung der Mitarbeiterin gewährleistet.

Neuss, den 26.02.2007



Werner Hackländer
Fachbereichsleiter



Ulrike Bongartz
Diplom-Sozialarbeiterin

 Die
Welt hat
viele Gesichter.

0051

FIM Fachdienst für
Integration und
Migration

Sachbericht für das Jahr 2006

**Spätaussiedlerberatungsstelle
Meerbusch - Lank**

Berichtszeitraum:
01.01.2006 bis 31.12.2006



CaritasSozialdienste
Rhein-Kreis Neuss GmbH

Einleitung

Im Berichtsjahr wurde das Übergangwohnheim für Spätaussiedler in der Wittenberger Straße in Lank zum 30.09.06 geschlossen und damit auch das Beratungsbüro der Spätaussiedlerberatungsstelle des Caritasverbandes. In 2006 kamen in dem Zuständigkeitsbereich der Stelleninhaberin keine weiteren Neuzugänge hinzu, sodass der Klientenstamm insgesamt konstant blieb. Viele der Spätaussiedler, die in den Übergangwohnheimen in Lank gelebt hatten, sind nach Büderich gezogen, so dass die Stelleninhaberin auch in diesem Meerbuscher Stadtteil mit vielen Klienten regelmäßigem Kontakt hatte.

Bis zur Schließung des Beratungsbüros ist dort die Beratungsarbeit der Mitarbeiterin für Spätaussiedler in bewährter Weise kontinuierlich fortgeführt worden. Neben den fest eingerichteten Sprechstunden in diesem Büro wurden zusätzlich nach Terminabsprache viele Beratungsgespräche im Caritashaus International in Neuss durchgeführt. Diese Möglichkeit wurde im Berichtsjahr nicht nur wegen der guten Erreichbarkeit für die vielen nach Büderich verzogenen Spätaussiedler verstärkt, sondern auch in Hinblick auf eine Anbindung der Ratsuchenden an den Fachdienst für Integration und Migration nach der angekündigten Büroauflösung in Lank. Da die Stelleninhaberin fast zeitgleich in Mutterschaftsurlaub ging, konnte somit ihre Vertretung durch die KollegInnen der Caritas eingeführt und eine Beratung der Spätaussiedler weiterhin sichergestellt werden.

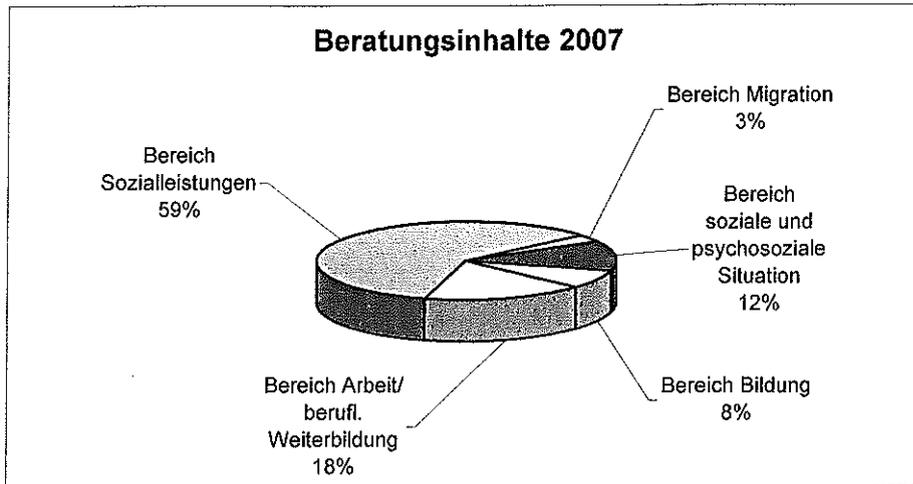
Der Wegfall einer ortsnahen Beratungsstelle ist zu bedauern, da durch die räumliche Entfernung die zum Integrationsprozess notwendige sozialpädagogische Begleitung nicht mehr in dem notwendigen Maße geleistet werden kann. Wenn im ersten Jahr die für Neuzuwanderer wichtigsten Fragen wie Sozialleistungen, Integrationskurs oder Wohnungssuche geklärt worden sind, kommen oft erst im Anschluss darauf die für die Integration der Neuzuwanderer in ihr gesellschaftliches Umfeld wichtigen Kontakte und Problemstellungen zum Tragen, die nur durch sozialpädagogische Betreuung und gemeinwesenorientierte Arbeit „vor Ort“ adäquat bearbeitet werden können.

Beobachtungen und Entwicklungen in der Einzelfallhilfe

Die Beratung ist ein Angebot für Einzelpersonen und Familien mit verschiedensten Problemen, z.B. existenzieller, psychosozialer, migrationsspezifischer, familiärer oder gesundheitlicher Art. Neben Krisenintervention, aktuellen Entscheidungshilfen und Informationen werden persönliche Beratung und Familienberatung nach den Erfordernissen des Einzelfalles angeboten. Auch werden mit neu zugewanderten Personen Förderpläne erstellt, womit für sie gezielte Unterstützung und Begleitung im individuellen Integrationsprozess gewährleistet wird.

Für die Beratungsarbeit ist die enge Kooperation mit Behörden (z.B. ARGE, Stadtverwaltung, Krankenkassen), Fachdiensten (z.B. Jugendmigrationsdienst, Schwangerschaftsberatung) niedergelassenen Ärzten, Rechtsanwälten, Vermietern oder Kindergärten und Schulen ein wichtiger Bestandteil. Die Kontaktpflege zu diesen Institutionen ist ebenso selbstverständlich wie - bei Bedarf - die Vermittlung der Klienten dorthin.

Nachdem die Stelleninhaberin Ende September in den Mutterschaftsurlaub ging, wurde die Beratungsarbeit von den KollegInnen des Fachdienstes für Integration und Migration in Neuss übernommen. Hier wurden auch Förderpläne fortgeführt. Da im Jahr 2006 keine weiteren Neuzugänge in Lank hinzugekommen sind, war der im Vorjahr verzeichnete hohe allgemeine Beratungsbedarf dieses Personenkreises insgesamt geringer geworden.



Mit den 61 Klienten, die in diesem Zeitraum beraten worden sind kam es zu ca. 340 Kontakten, in denen überwiegend Fragen zu Sozialleistungen geklärt worden sind. Hier waren es vor allem Leistungen der ARGE, die anstelle der früheren Eingliederungshilfe für Spätaussiedler sofort in Form von Arbeitslosengeld II gezahlt werden. Weitere soziale Unterstützungsleistungen sind beispielsweise Kinder- und Wohngeld, Unterhaltsvorschuss oder Rundfunkgebührenbefreiung.

Weiterhin waren Fragen zu Bildung und Arbeit ein wichtiges Beratungsthema. Neben Fragen zur beruflicher Aus- und Weiterbildung und zu Deutschkursen war vor allem wegen Arbeitslosigkeit und Arbeitssuche hoher Beratungsbedarf. Wie bei allen anderen Beratungsbereichen war für die Stelleninhaberin die enge Zusammenarbeit mit den Regeldiensten und Bildungsinstituten selbstverständlich. Auch verwies sie die Meerbuscher Klienten auf das Angebot des FIM in Neuss, wo ausländische Arbeitssuchende 2mal wöchentlich bei der Sichtung von Stellenangeboten über Internet und bei der computergestützten Herstellung von Bewerbungen Beratung und Hilfestellung erhielten.

Während im Bereich der Migration vorwiegend Fragen zur Familienzusammenführung geklärt wurden, beinhaltete die Beratung in der sozialen Situation vor allem Fragen zur Wohnungssuche und zur wirtschaftlichen Situation.

Aktivitäten außerhalb der Einzelfallhilfe

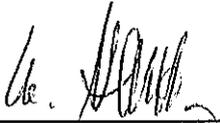
Der seit Oktober 2004 laufende Deutschkurs für Frauen mit Kinderbetreuung konnte Dank der finanziellen Unterstützung des Rotary Club Meerbusch (District 1870) bis Ende Juli in den von der AWO-Büderich bereitgestellten Räumen weiter fortgeführt werden. An den insgesamt 36 Treffen nahmen durchschnittlich fünf Frauen teil und nutzten gerne die Betreuungsmöglichkeiten ihrer Kinder. Trotz einer gewissen Fluktuation wegen Krankheit oder Schwangerschaft konnten die Frauen insgesamt ihren Wortschatz und ihre Grammatikkenntnisse erweitern und sich über Aspekte des Lebens in Deutschland informieren und austauschen.

Die meisten Teilnehmerinnen kamen aus Büderich, vereinzelt besuchten aber auch Frauen aus Lank oder Osterath die Kurse. Mit Ende der Finanzierung musste der Kurs eingestellt werden. Einige Frauen fanden aufgrund ihrer bisherigen Lernerfolge den Mut und die Motivation, ihre Sprachkenntnisse weiter zu verbessern und schafften den Absprung, in die regulären Deutschkurse anderer Anbieter zu gehen.

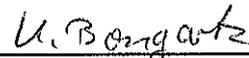
Die Netzwerkarbeit im Rahmen des Arbeitskreises „Spätaussiedlerarbeit in Meerbusch“ wurde ebenfalls im Berichtszeitraum kontinuierlich fortgeführt – nach Ausscheiden der Stelleninhaberin von einer Kollegin. Neben den bisherigen Teilnehmern aus der Stadtverwaltung, von der Diakonie Meerbusch, dem JugendMigrationsDienst und der Jugendzentren „Sky-Club“ und „Atrium“ wurde der Kreis auf einen Mitarbeiter der Polizei und dem Vertreter des Düsseldorfer Vereins AVP (Akzeptanz, Vertrauen, Perspektive) erweitert. Dieser Verein wurde von Seiten der Stadtverwaltung beauftragt, die in dem Vorjahr vom Arbeitskreis aufgezeigten Aktivitäten von problematischen Gruppen jugendlicher Spätaussiedler in Form von Streetwork aufzufangen und eine eigene Konzeption zur Integration der Jugendlichen zu entwickeln.

Zur fortlaufenden Sicherung und Erweiterung der fachlichen Kompetenz der Mitarbeiterin dienen regelmäßige Team- und Dienstbesprechungen. Zudem besuchte sie Fachtagungen des Diözesan-Caritasverbandes für das Erzbistum Köln in den für sie relevanten Arbeitsbereichen.

Neuss, im Februar 2007



Werner Hackländer
Fachbereichsleiter



Ulrike Bongartz
Diplom-Sozialarbeiterin